

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tagesblatt Rieser
Bismarckstr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verkaufsstellen
Dresden 1500.
Circulation:
Rieser Nr. 52.

Nr. 240.

Wittwoch, 14. Oktober 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift 6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklameweise 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hösemann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Brünings Erklärung vor dem Reichstag

Beginn des parlamentarischen Entscheidungskampfes. Optimistische Beurteilung der Abstimmungsabsichten.

Die bevorstehenden Reichstagsentscheidungen.

Berlin. Nach der großen Reichstagsrede ist das Hauptinteresse im Reichstag den kommenden parlamentarischen Entscheidungen zugewandt, die für Freitag abend oder Sonnabend zu erwarten sind. Die große politische Aussprache würde, wenn alle Parteien ihre dreistündige Redezeit voll ausnützen, etwa 35 Stunden in Anspruch nehmen. Man erwartet aber, daß noch auf diese und jene Stunde verzichtet wird, so daß die Entscheidung noch in dieser Woche erfolgen kann. Wie diese Entscheidung ausfallen wird, ist in den Wandelungen des Reichstags Gegenstand lebhaften Klatschens. Angesichts des guten Einbruchs, den die Kanzlerrede gemacht hat, rechnet man in parlamentarischen Kreisen aber überwiegend damit, daß die Misstrauensanträge abgelehnt werden und Brünings im Reichstag wieder eine, wenn auch keine, Mehrheit erhalten wird. Misstrauensanträge gegen das Gesamtkabinett liegen von den Deutschnationalen, den Nationalsozialisten und den Kommunisten vor. Die Kommunisten haben darüber hinaus Misstrauensanträge gegen die Minister Groener, Stegerwald und Schiele eingebracht. Für die Misstrauensanträge werden mit der Opposition voraussichtlich 30 Abgeordnete der Deutschen Volkspartei und ein Teil der Wirtschaftspartei stimmen. Vom Landvolk glaubt man nicht, daß es in seiner Mehrheit bereit wäre, der Regierung im Augenblick ernste Schwierigkeiten zu bereiten. Unter diesen Umständen erwartet man mit ziemlicher Sicherheit eine Mehrheit für Brünings, zumal auch bei Volkspartei und Wirtschaftspartei zum mindesten ein Teil der Abgeordneten, die der Führerparole nicht folgen, sich nicht mit Stimmenthaltung begnügen, sondern offen für die Regierung eintreten dürfte. Bezüglich der Sozialdemokraten steht bereits fest, daß sie gegen die Misstrauensanträge stimmen werden, und man glaubt sogar, daß die Fraktion diesmal vollkommen geschlossen auftreten wird, ohne daß ein Abstimmungsstich ausgeübt werden müßte. Gleichzeitig mit den Misstrauensanträgen hat der Reichstag über die zahlreichen Notverordnungen zu entscheiden, die in den verflochtenen sechs Monaten von der Regierung erlassen worden sind. Hier liegen die Dinge etwas schwieriger, da auch innerhalb der die Regierung stützenden Parteien ernste Abänderungswünsche vorhanden sind, die sich nicht nur auf die Bayerische Volkspartei beschränken. Auch die Christl.-Sozialen und das Landvolk haben einige Wünsche. Ebenso haben die Sozialdemokraten ein umfangreiches Gesetzesprogramm eingebracht, durch das die verschiedensten Bestimmungen der Notverordnungen geändert werden sollen. Die Sozialdemokraten wollen die Notverordnungen im gegenwärtigen Augenblick nicht zu Fall bringen, sie wünschen aber, daß ihre Änderungsanträge der Ausschußberatung überwiesen werden. Es wird sich erst in den nächsten Tagen zeigen, wie sich die Regierung zu diesen Absichten stellen wird. Es werden sicherlich noch manche Verhandlungen mit dem Reichskanzler notwendig sein, um eine gemeinsame Plattform für die Erlebigung der zahlreichen Wünsche der Parteien zu tunen.

Trotz dieser Ungewissheit, die über die Haltung einzelner Gruppen der gemäßigten Rechten noch besteht, herrscht, wie gesagt, eine optimistische Auffassung über die Aussichten des Kabinetts vor. Die Abstimmung über das Misstrauensvotum wird voraussichtlich am Freitagabend, spätestens am Sonnabend stattfinden, so daß sich der Reichstag dann also noch in dieser Woche verlagern würde, und zwar, wenn nichts Außergewöhnliches eintritt, bis zum Januar oder Februar. Wir glauben zu wissen, daß auch die Sozialdemokraten einem solchen Beschluß zustimmen werden.

Reichstagsrede Brünings vor dem Reichstag.

Berlin, 13. Oktober. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung des Reichstages nach der Sommerpause stand bekanntlich nur die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Wir haben bereits gestern den Anfang der Erklärung des Reichskanzlers veröffentlicht.

Dr. Brünings führte u. a. noch folgendes aus:
Deutschland fordert bei aller verständnisvollen Rücksichtnahme auf die Lebensnotwendigkeiten der Nachbarn die Berücksichtigung des Grundgesetzes der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung unter den Völkern. Augenblicksdrängungen

unter dem Druck bringender materieller Not würden schlimmere Folgen haben, als der gegenwärtige Zustand.

Die weiter um sich greifende Zerrüttung der Kreditwirtschaft der Welt hat die Reichsregierung von Woche zu Woche vor neue Aufgaben gestellt. Die Reichsregierung nimmt für sich als einen Erfolg in Anspruch, daß sie rechtzeitig mit entscheidenden Sparmaßnahmen und mit möglicher Senkung der Erzeugungskosten begonnen hat. Dierdurch allein ist verhindert worden, daß die gelunden Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft völlig erschüttert worden sind. Das Beispiel der Reichsregierung hat Nachahmung in der ganzen Welt gefunden. Maßnahmen wie die Bereitstellung des Schuldentilgungsfonds haben in den kritischen Zeiten der Bankenschwierigkeiten sich geradezu als eine Rettung erwiesen. Die Reichsregierung wurde durch Entschlüsse, die allerdings hart und unpopulär waren, in die Lage versetzt, gerade in dieser Zeit zur Rettung der Privatwirtschaft schwebende Schulden in Höhe von nahezu 100 Millionen zurückzahlen. Die Krise des englischen Pfundes stellt Reichsregierung und Reichsbank vor neue Aufgaben. Noch stärker als in den vergangenen Monaten ist eine Einstellung von Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik aufeinander und eine Anpassung des deutschen Selbstkosten- und Preisniveaus an die wirtschaftliche Entwicklung nötig.

Die Reichsregierung, die sich schon in den vergangenen Monaten des Rates hervorragender wirtschaftlicher Sachverständiger bedient hat, hat in Uebereinstimmung mit dem Reichspräsidenten beschlossen, einen Wirtschaftsbeirat zu ernennen. Mit ihm gemeinsam wird sie in kurzer Frist ein Wirtschaftsprogramm für die nächsten Monate ausarbeiten. Dieses Programm hat als erste Voraussetzung die Aufrechterhaltung der Stabilität unserer Währung, an der unter keinen Umständen gerüttelt werden darf. (Beif. Beifall.) Von entscheidender Wichtigkeit ist die Durchführung eines Planes zur Tilgung der kurzfristigen Schulden und eine endgültige Klärung der Reparationsfrage. Die Schwierigkeiten, in denen sich Deutschland durch Krieg, Inflation und Reparationslasten befand, haben dazu geführt, daß die großen Unternehmungen durch ausländische Kredite eine sehr starke Expansion betreiben konnten, während Mittelstand, kleinere und mittlere Industrie zurückgeblieben sind. Die Kreditflüsse gerade für Mittelstand, kleinere und mittlere Industrie muß auch bei der Bankenpolitik in der Zukunft eine der wichtigsten Aufgaben sein.

Landwirtschaft, Grundbesitz und Industrie leiden unter zu hohen Zinssätzen. Ihre Senkung ist ein anderes unerlässliches Mittel zur Herabsetzung der Produktionskosten, wenn wir nicht zu einer völligen Schrumpfung der deutschen Wirtschaft kommen wollen.

Die Sozialpolitik muß derartig gestaltet und gehandhabt werden, daß sie sich den finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einfügt. Dabei kann an dem verfassungsmäßig verbrieften Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer nicht vorbegegangen werden. Vor allem gilt das auch für den Tarifgedanken, der als solcher gesund ist und erhalten werden muß, aber größerer Elastizität in der Handhabung bedarf. Damit muß Hand in Hand gehen die Behandlung der Kartellfrage, da die Preisgestaltung den wechselnden wirtschaftlichen Bedingungen und der gesunkenen Kaufkraft im Inland schnell angepaßt werden muß.

Eine Vereinigung und Tilgung der kommerziellen Schulden ist nicht möglich, wenn den deutschen Waren die Weltmärkte gesperrt werden. Diese Politik führt zu einer Zerrüttung der Weltwirtschaft und zur völligen Verarmung aller Völker. Die Reichsregierung ist gewillt, alle Schritte zu tun, um einer solchen Politik zu begegnen. Ebenso klar ist sie sich allerdings darüber, daß die Bedeutung des Binennmarktes stärker in den Vordergrund treten wird. Diesem Ziele dienen auch die Pläne einer erweiterten und beschleunigten Seehandel auf dem Lande und im Vorkeld der Städte, die gleichzeitig eine seelische Entlastung von dem Druck der Arbeitslosigkeit bringen soll.

Einschränkungen der Einfuhr werden im wesentlichen dort erfolgen müssen, wo die heimische Produktion, insbesondere die Landwirtschaft, die vorliegenden Bedürfnisse ausreichend und zu angemessenen Preisen decken kann.

Das deutsche Volk hat im instinktiven Bewußtsein, daß ein klarer, ehrlicher, wenn auch dorniger Weg zum Erfolg und zur Freiheit führen kann, bislang die schwersten Opfer ertragen. Es hat gerade in den Wochen der Bankentriebe sich dadurch eine Achtung in der Welt erworbt, die in der Außenpolitik ein wertvolles Aktium darstellt. Bei dieser Opferfähigkeit ist es aber Pflicht der Reichsregierung, alle Versuche der Ausnutzung der Notlage des Staates und der

Wirtschaft durch unwahrhafte Agitation zu verhindern. Aus diesem Grunde sind durch Notverordnungen scharfe Maßnahmen getroffen, die dem arbeitssamen und ordnungsliebenden Volke die Gewissheit geben sollen, daß die Aufrichtigkeit der öffentlichen Sicherheit auch für die Zukunft gewährleistet ist. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß Notverordnungen und polizeiliche Maßnahmen allein nicht ausreichen. Sie bedurfte dabei der hingebenden Arbeit eines unter Opfern und erschwerenden Umständen nicht trenn tätigen Berufsbeamtentums. Das Volk, und vor allem die Jugend, muß vor den Einflüssen der Zerrichtung geschützt und vom Geiste der Vaterlandsliebe und Cetera willigkeit erfüllt sein. Die Regierung wird alle Kraft in den Dienst ihrer vornehmsten Aufgabe zur Rettung des Vaterlandes stellen.

Diese Erklärung wird von den inawischen im Saal erschienenen Kommunisten wiederholt durch laute Zurufe unterbrochen: "J.G. Farben in der Regierung!", "Militärdiktatur!" usw. Von den Mittelparteien und stellenweise auch von den Sozialdemokraten kamen Zustimmungsrufe.

Im Anschluß an die Verlesung dieser Erklärung führt der Reichskanzler in freier Rede aus, es sei notwendig, über einige Vorgänge in der letzten Zeit eine offene Aufklärung zu geben. Die Verschärfung der Krise habe in letzter Zeit zu einem Zustand geführt, wie ihn die moderne Wirtschaftsgeschichte noch nicht kenne. Der Kanzler betont, er könne mit Befriedigung feststellen, daß jetzt auch aus den Kreisen der Reichsopposition das Bestehen einer Weltkrise nicht mehr geleugnet werde. Uebersall sehe man ein, daß sich die Welt in einer ganz außergewöhnlichen Lage befinde. Außerordentliche Verhältnisse erforderten außerordentliche Maßnahmen.

Wir haben uns, so erklärt der Kanzler weiter, der Lage schneller angepaßt, als andere Länder. Die deutsche Regierung hat sich zwar früher unpopulär gemacht als andere Regierungen, sie hat aber dem Volke dadurch erspart, mit einem Schlag vor ganz umwälzenden Maßnahmen zu stehen. Man hat mich einen Hägerer genannt. Aber ich frage, wo unser Volk heute hände, wenn ich im Sommer dem Drängen nachgegeben und das Moratorium oder den Zahlungsausschub ausgedehnt hätte (Beifall).

Ich lasse mich lieber jeden Tag als Landesverräter beschimpfen, als daß ich die Kerzen verlöre und von dem Weg abweiche, den ich eingeschlagen habe. An dem Tage, an dem der Reichstag das von mir verlangt, würde ich sofort zurücktreten (Beifall). Es wäre in dieser schweren Zeit nationales Erfordernis, daß sich eine Regierung aller verantwortungsbewußten Parteien zusammenfindet. Ich würde bereit sein, in einer solchen Regierung den Kleinsten und niedrigsten Posten anzunehmen. Leider Gottes ist die Bildung einer solchen Regierung in Deutschland ausgeschlossen. In der schicksalsschweren Zeit unseres Volkes sind unsere Parteien nicht zur Zusammenarbeit bereit, sondern richten sie der Fronten gegeneinander auf, statt sich in einfacher Pflichterfüllung für das ganze Deutschland zusammenzufinden.

Darum habe ich mich entschlossen, eine Regierung zu bilden, die noch unabhängiger von Parteien und Fraktionen beschließen ist als die frühere. Dem Volke wird in dieser schweren Zeit nicht gedient durch die Formen des politischen Kampfes, die sich auf der Parteizugung gezeigt haben und die auch nicht die Chancen des Erfolges einer kommenden Reichsregierung sichern können. Wenn man Bankstimmungen macht über die Lage der Deutschen Reichsbank, dann gerät man auch die Grundlagen einer kommenden Regierung (Beifall). Ich weise Anwürfe zurück, die den Glauben des deutschen Volkes an seine Währung erschüttern können (erneuter Beifall).

Die Deutsche Reichsbank hat nichts zu verheimlichen. Es wäre verlockend für die Regierung, den Forderungen von rechts zu folgen, wenn sie populär sein wollte. Eine Regierung, die etwa die Welt an die Entwicklung des englischen Pfundes anlehnt, hätte Notverordnungen nicht nötig. (Zuruf von den Komm.: Lehnen Sie die Welt lieber an den Sowjetruß an! — Große Heiterkeit.) Ich habe bei Übernahme des Kanzleramts zu einem Wirtschaftskommissionar gesagt: "Ich weiß, daß die Aufgabe, die ich jetzt übernehme, zu 90 Prozent verloren ist!" Das war nicht Schuld des Kabinetts Hermann Müller, sondern Schuld waren die Fehler, die insgesamt die öffentliche Hand und ein Teil der Privatwirtschaft gemacht haben. Es ist eine Kreditinflation aus dem Ausland eingetreten, die den gesunden Menschenverstand vernebelt und einen Schiefer über alle Dinge gebräutet hat.

(Fortsetzung des Berichtes in der 1. Beilage.)

Man beachte die Sonnabend-Nummer des Rieser Tageblattes!